



DORNBIRN

Protest geht weiter

Sehr gut besucht waren die Demonstration und das Lichtermeer für ein menschliches Fremden- und Asylrecht am Sonntag auf dem Dornbirner Marktplatz. Aufgerufen hatten dazu die Vertreter der Initiative „Uns reicht's“, Pfarrer Christian Stranz und der Mediziner Burkhard Walla.

DIETMAR STIPLOVSEK

g bei Integra

Seitdem habe sich die Zusammenarbeit erfolgreich gestaltet, weswegen der Deutsche mittlerweile einer von acht Bereichsleitern in der dritten Führungsebene sei. Allerdings habe er keine Budgetverantwortung, wie Loacker behauptete, und auch „nichts mit Finanzen zu tun“. Vielmehr sei der Mitarbeiter für die inhaltliche Abwicklung von Projekten zuständig.

Bei Integra gebe es keine Berührungspunkte beim Umgang mit Haftentlassenen. Daher sei dem Betroffenen eine Chance gegeben worden. Auf diese Weise könne dieser der Gesellschaft auch wieder etwas zurückgeben. Die möglicherweise noch offene Haftstrafe in der Schweiz könnte jedoch zu einem Problem für den Bediensteten werden. Derzeit werde die Situation geprüft, berichtete Koch. Falls die Vorwürfe jedoch zuträfen, werde das

Dienstverhältnis sofort beendet. Denn ein Grundsatz bei Integra sei, dass mögliche Strafen abgebüßt sein müssen, um eine Stelle zu erhalten. Mit einer Klärung des Sachverhalts ist nach Angaben des Geschäftsführers rasch – möglicherweise bereits heute – zu rechnen.

Keine Einmischung. Koch stellte auch klar, dass die AK nichts mit der Einstellung des früheren Häftlings zu tun hatte. Deren Verantwortliche seien nicht in Personalentscheidungen involviert, sofern diese nicht die Geschäftsführung betreffen. Dies bestätigte AK-Direktor Rainer Keckeis. Seitens der Kammer gebe es keine Einmischung bei Integra, wobei die Verantwortlichen über den nunmehr diskutierten Fall natürlich informiert gewesen seien.

Michael Steinlechner

BREGENZ/WIEN

Kinderdorf gegen neue Mindestsicherung

Geschäftsführer Christoph Hackspiel warnt vor Anstieg manifester Armut und Verschärfung der Wohnungsnot.

Ablehnend stehen die Verantwortlichen des Vorarlberger Kinderdorfs der geplanten Neuregelung der Mindestsicherung durch die Bundesregierung gegenüber. Darüber haben die Verantwortlichen in einer Aussendung informiert. Der vorliegende Entwurf zum Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bestätige die Befürchtungen, dass bestehende Notlagen verschärft würden. Es sei eine steigende Rücksichtslosigkeit gegenüber den Notwendigkeiten von besonders belasteten Familien und Kindern festzustellen.

Armut bekämpfen. Nach Angaben der Kinderdorf-Verantwortlichen müsse es das Ziel einer bundesweiten Sozialgesetzgebung sein, Armut und Ausgrenzung insbesondere von schützenswerten Bevölkerungsgruppen wie Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen. Der nahezu willkürliche Ausschluss von Menschen aus Leistungen widerspreche dem Gleichheitsgrundsatz, der europäischen Menschenrechtskonvention und vor allem den Kinderrechten.

„Kinder aus belasteten Familien können die eigene Lebenssituation kaum beeinflussen und müssen eine gravierende Beeinträchtigung

ihrer Lebensumstände und Entwicklungschancen in Kauf nehmen“, teilte Kinderdorf-Geschäftsführer Christoph Hackspiel in einer Aussendung mit. Er befürchtet einen massiven Anstieg der manifesten Armut und eine Verschärfung der Wohnungsnot vor allem für Mehr-Kind-Familien. Eine entsprechende Stellungnahme mit den Kritikpunkten zur Neuregelung wurde dem Sozialministerium übermittelt.

Mit Ländern verhandeln. Unterdessen erneuerte Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker (Grüne) ihre Kritik an den Plänen der Bundesregierung. In einer gemeinsamen Pressekonferenz in Wien mit ihren Parteikollegen Werner Kogler (Bundessprecher), Birgit Hebein (Wiener Sozialsprecherin) und Heinrich Schellhorn (Soziallandesrat Salzburg) sprach sie sich gegen die „mutwillige Zerstörung funktionierender Mindestsicherungsmodelle in den Bundesländern“ aus. Der vorliegende Gesetzesentwurf sei geprägt vom Misstrauen gegen die Länder und stelle einen massiven Eingriff in deren Autonomie dar. Wiesflecker forderte die Verantwortlichen im Bund auf, ihre Pläne zu überdenken und mit den Ländern zu verhandeln.



Negative Auswirkungen durch die Neuregelung der Mindestsicherung befürchten die Verantwortlichen des Kinderdorfs.

APA/GINDL